

VERBOTENE PESTIZIDE

# Syngenta vergiftet das Trinkwasser in Costa Rica



**Public Eye**

## Dank Ihnen!

Die Reportagen und Analysen in unserem Magazin und die Recherchen, auf denen diese beruhen, sind nur dank der Unterstützung unserer Mitglieder und Spender\*innen möglich.

### Sie sind bereits Mitglied?

Herzlichen Dank!

Doppelten Dank, falls Sie eine Mitgliedschaft verschenken.

[publiceye.ch/geschenkabo](http://publiceye.ch/geschenkabo)

### Sie sind noch nicht Mitglied?

Mit 75 Franken pro Jahr sind Sie dabei und erhalten regelmässig unser Magazin.

[publiceye.ch/mitglieder](http://publiceye.ch/mitglieder)

### Oder wollen Sie uns zuerst kennenlernen?

Dann bestellen Sie gratis drei Ausgaben als Schnupperabo.

[publiceye.ch/schnuppern](http://publiceye.ch/schnuppern)

Wir freuen uns, von Ihnen zu hören.

REDAKTION & PRODUKTION  
Romeo Regenass (D) und  
Ariane Bahri (F)

LAYOUT & INFOGRAFIK  
[opak.cc](http://opak.cc)

TITELBILD  
Jose Diaz

DRUCK  
Stämpfli Kommunikation, Bern  
Rebello & PerlenValue, FSC

AUFLAGE  
D: 29 600 Ex. / F: 10 300 Ex.

ISSN  
2504-1266

KONTAKT  
Public Eye  
Dienersstrasse 12  
Postfach, 8021 Zürich

Tel. +41 (0)44 2 777 999  
[kontakt@publiceye.ch](mailto:kontakt@publiceye.ch)  
[publiceye.ch](http://publiceye.ch)

Das Public Eye Magazin erscheint sechs Mal pro Jahr in Deutsch und Französisch. Mitgliedschaft inklusive Abonnement 75 Franken pro Jahr.

SPENDENKONTO  
IBAN CH69 0900 0000 8000 8885 4



## Gewissenloses Geschäft mit giftigen Pestiziden

In Costa Rica verkauft Syngenta Pestizide, die in der Schweiz und in Europa verboten sind, weil sie Grundwasser verschmutzen und bei Menschen vermutlich Krebs fördern. Der Basler Konzern tut das ohne schlechtes Gewissen, schliesslich hat er sich in der Schweiz sogar gerichtlich gegen die Verfügung des Bundesrats gewehrt, dem Pestizid Chlorothalonil die Zulassung zu entziehen. Derweil werden in Costa Rica ganze Dörfer vom Staat mit sauberem Trinkwasser versorgt. Es muss mit Lastwagen von weither herangekarrt werden, weil die lokalen Quellen kontaminiert sind und ihr Wasser gesundheitsschädlich ist.

Das Szenario kommt einem bekannt vor: Wieder einmal bedroht ein skrupelloser Schweizer Konzern im globalen Süden die natürlichen Lebensgrundlagen der lokalen Bevölkerung. Der eigene Profit geht schliesslich vor. Und solange die Konzernverantwortung hierzulande nur ein Papiertiger ist, muss Syngenta dafür nicht mal geradestehen. Globale Gerechtigkeit sieht anders aus.

Doch es geht nicht nur um die Bevölkerung in Costa Rica: In der Schweiz verbotene Pestizide, darunter auch das oben erwähnte Chlorothalonil, die exportiert werden, landen über den Import von Gemüse, Kräutern und exotischen Früchten oft wieder bei uns – auf unseren Tellern oder auch in trendigen Drinks wie Caipirinhas. Das konnten wir in einer Ende Mai online publizierten Auswertung von bis dahin unveröffentlichten Daten des Bundesamts für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen aufzeigen.

Seit geraumer Zeit im Trend sind Jeans, die schon beim Kauf so aussehen, als hätte sie jemand jahrelang getragen. Was viele nicht wissen: Dieser Modetrend macht jene krank, die ungeschützt frisch produzierte Jeans mit einem Sandstrahl oder Chemikalien behandeln, damit sie ausbleichen. Einer davon war Bego Demir aus der Türkei. Durch die gesundheitsgefährdende Arbeit als Sandstrahler hat er 46 % seiner Lungenfunktion verloren. Lesen Sie auf Seite 18, wie Demir dadurch zum engagierten Aktivisten für bessere Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie wurde.

**Romeo Regenass**, Redaktor Magazin und Publikationen



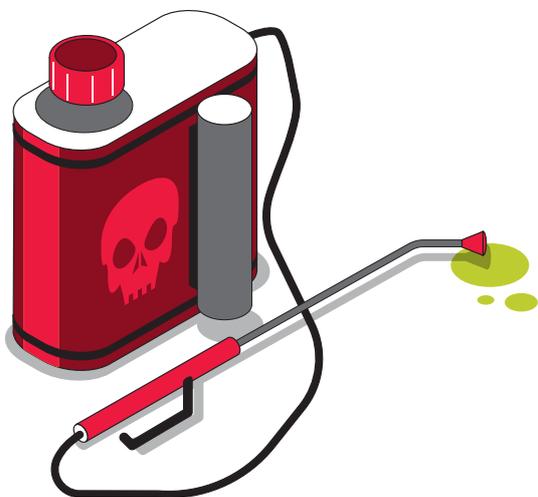
### 04 **In Europa verboten, aber gut genug für den Export**

In einer exklusiven Reportage zeigen wir, wie hochgiftige Pestizide, die in Europa und in der Schweiz verboten sind, in Costa Rica das Trinkwasser verseuchen und die Gesundheit der Bevölkerung gefährden.

Seit dem Verbot von Chlorothalonil auf ihren eigenen Feldern Ende 2019 hat die EU mindestens 130 Tonnen des Pestizids nach Costa Rica geliefert. Grösster Exporteur aus der EU ist der Schweizer Konzern Syngenta.

### 27 **Das Wort der Stunde: Chlorothalonil**

Verliert das hochgiftige Chlorothalonil wie durch Zauberhand seine Giftigkeit, wenn es die Ozeane überquert? In unserer neuen Rubrik «Das Wort der Stunde» wollen wir beweisen, dass wir nicht nur harte Fakten liefern können. Nein, wir können auch Humor.



### 18 **Kreativer Kampf für bessere Arbeit in der Textilindustrie**

Der Job als Sandstrahler in einer Jeansfabrik zerstörte Bego Demirs Lunge. Heute leitet der 42-jährige Aktivist die Clean Clothes Campaign in der Türkei. Bei seinen Aktionen und Kampagnen setzt er auf Kreativität und Empathie.

### 23 **Aktion für gerechten Zugang zu Medikamenten**

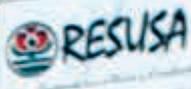
Am Rand der Weltgesundheitsversammlung in Genf organisierten Public Eye und Health Action International eine Aktion, um die Mitgliedstaaten daran zu erinnern, dass Gesundheit kein Spiel ist.

### 24 **Nationaler Aktionstag #StoppKohle war ein Erfolg**

Am Samstag, 22. April 2023, haben die Freiwilligen in den Regionalgruppen von Public Eye mit phantasievollen Aktionen in mehreren Schweizer Städten auf die Rolle der Schweiz im internationalen Kohlehandel aufmerksam gemacht.

### 26 **Mahnwache in Bern: Nie wieder Rana Plaza!**

Am 24. April jährte sich zum zehnten Mal der Fabrikeinsturz von Rana Plaza in Bangladesch. Mit einer Mahnwache gedachten rund 50 Personen auf dem Waisenhausplatz in Bern der Betroffenen der Katastrophe.



# Ein Pestizid, das in Europa verboten ist, raubt Menschen in Costa Rica das Trinkwasser

Seit Monaten muss der Staat die Menschen zweier Dörfer im Hochland von Costa Rica per Lastwagen mit Trinkwasser versorgen. Der Grund: Das lokale Leitungswasser ist stark mit dem Pestizid Chlorothalonil kontaminiert. Dieses ist in Europa verboten, wird aber von europäischen Unternehmen, darunter die Schweizer Syngenta, in Costa Rica weiterhin verkauft. In einem Land, das nicht über die technischen Mittel verfügt, sein Trinkwasser systematisch auf diese Verschmutzung zu testen, dürfte dies weit mehr als ein lokales Problem sein.

ÁLVARO MURILLO (IM AUFTRAG VON PUBLIC EYE)

Als bekannt wurde, dass der erste Zisternenlaster mit sauberem Wasser nach Cipreses unterwegs war, wussten die Anwohner\*innen, die wegen der Verseuchung des lokalen Grundwassers Alarm geschlagen hatten, dass die Regierung sie endlich ernst nahm. Die Behörden hatten entschieden, das Bergdorf per Lastwagen mit Trinkwasser zu beliefern, nachdem in Laborproben von lokalem Quellwasser Rückstände des Fungizids Chlorothalonil in alarmierenden Mengen gefunden worden waren. Die Ergebnisse lagen um das bis zu 200-Fache über den zulässigen Höchstwerten für dieses Pestizid, das in der costa-ricanischen Landwirtschaft regelmässig zum Einsatz kommt, in Europa aber verboten ist, weil es Grundwasser kontaminiert und bei Menschen vermutlich krebserregend wirkt.

Das geschah am Samstag, 22. Oktober 2022, zwei Tage nachdem das costa-ricanische Gesundheitsministerium die 5000 Nutzer\*innen der Wasserversorgung

von Cipreses angewiesen hatte, das Wasser aus dieser Quelle weder zum Trinken noch zur Zubereitung von Speisen zu verwenden. Als der Wasserlaster den Ortseingang morgens um 8.50 Uhr erreichte, wurde er von Mitgliedern der lokalen Umweltinitiative EcoCipreses freudig empfangen, war er doch das Symbol dafür, dass in der Sache endlich etwas ging – acht Jahre nachdem sich eine Anwohnerin erstmals besorgt gezeigt hatte. Gleichzeitig war den Aktivist\*innen sehr wohl bewusst, dass das Problem kaum auf die eigene Stadt begrenzt war.

Diese Befürchtungen bestätigten sich weniger als zwei Wochen später. Die Behörden hatten die Möglichkeit geprüft, Cipreses an die vom Nachbardorf Santa Rosa genutzten Wasserquellen anzuschliessen. Doch dann ergaben Laboranalysen, dass die meisten dieser Quellen ebenfalls mit Chlorothalonil kontaminiert waren. Am 4. November erliess das Gesundheitsministerium eine weitere Anordnung und sperrte fünf der Quellen in Santa Rosa. Bei späteren Analysen wurde die Kontamination einer weiteren Quelle des Ortes festgestellt, welche im März 2023 deshalb ebenfalls gesperrt wurde.

Nach Ansicht von José Sánchez Redondo, dem Vorsitzenden der für die Wasserversorgung von Santa Rosa zuständigen Behörde, ist das Problem in Cipreses

---

← Weil das Trinkwasser der lokalen Quelle als Folge des hohen Einsatzes von Pestiziden kontaminiert ist, wird die Bevölkerung im Dorf Santa Rosa mit Wasser aus Zisternenwagen versorgt.

und Santa Rosa wahrscheinlich nur die Spitze des Eisbergs. Beide Gemeinden liegen in der landwirtschaftlich geprägten Region im Norden der Provinz Cartago, in der Nähe der Hauptstadt San José, wo die Landwirt\*innen seit Jahrzehnten grosse Mengen an Chlorothalonil versprühen. In diesem Gebiet an den fruchtbaren Hängen des Vulkans Irazú im zentralen Hochland Costa Ricas werden 70 % der nationalen Gemüseproduktion erzeugt, insgesamt leben dort 72 000 Menschen.

#### «Die Notlage einer gesamten Region»

«Es ist zu erwarten, dass mit weiteren Laboranalysen immer mehr verseuchte Quellen in der gesamten Region zutage treten werden, denn die landwirtschaftliche Produktion und die Bodenbeschaffenheit sind überall gleich.» Das sagte uns Sánchez Redondo im März, nur wenige Tage nachdem er die Nachricht erhalten hatte, dass eine weitere Trinkwasserquelle in Santa Rosa geschlossen werden musste. «Dann ist es nicht mehr allein das Problem eines Dorfes, sondern die Notlage einer gesamten Region.»

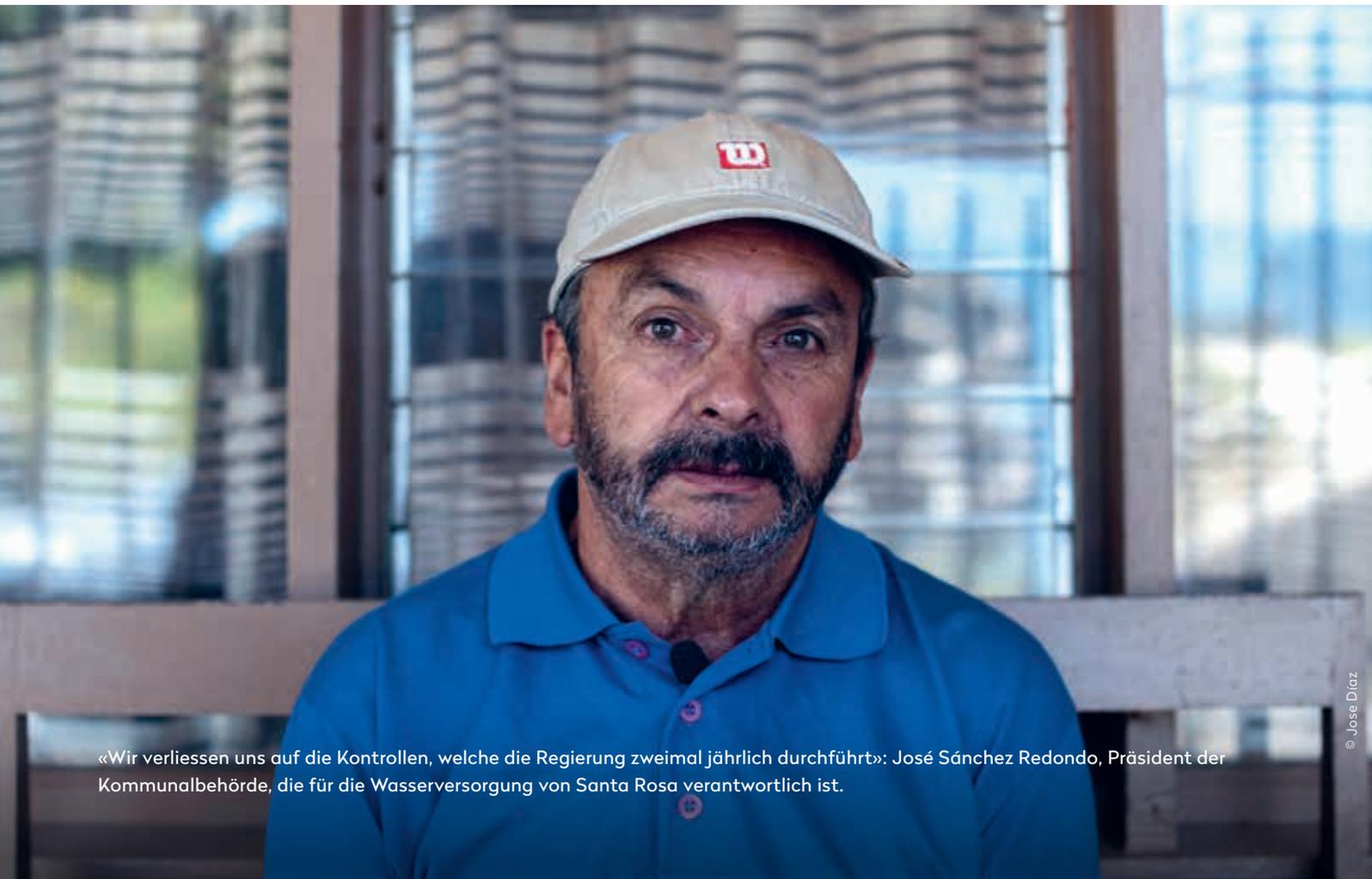
Die Behörden haben die Trinkwasserquellen nie systematisch auf Chlorothalonil – eines der meistbenutzten Fungizide im Land – untersucht. Darüber hinaus fehlen den nationalen Behörden die technischen Mittel, um auf Chlorothalonil-Metaboliten zu testen. Das sind Stoffe, die beim Abbau von Chlorothalonil in der Um-

welt entstehen, das Grundwasser verschmutzen und die Gesundheit gefährden können. Solche Abbauprodukte hatten das Trinkwasser von Cipreses und Santa Rosa verunreinigt.

Diese Kontamination wäre wohl nie entdeckt worden, wenn nicht eine Gruppe von Anwohner\*innen einen Verdacht geäussert und Analysen gefordert hätte. Und wenn nicht Spezialist\*innen des Regionalen Instituts für Studien über toxische Substanzen (Iret) der Nationalen Universität von Costa Rica sich bereit erklärt hätten, das Wasser kostenlos zu untersuchen. «Wir vertrauten einfach auf die staatlichen Analysen der Wasserqualität, die zweimal im Jahr durchgeführt werden, und hätten uns nie vorstellen können, dass so etwas passieren kann», sagt Sánchez Redondo.

Das bedeutet, dass niemand weiss, wie viele Menschen wie lange diesen Schadstoffen ausgesetzt waren. Sowohl die lokale Umweltinitiative EcoCipreses als auch die Fachleute des Universitätsinstituts Iret teilen jedoch die Sorge von Sánchez Redondo, dass die Kontamination wahrscheinlich die gesamte landwirtschaftlich genutzte Region im Norden der Provinz Cartago betrifft.

Trotz diesen Risiken versprühen Landwirt\*innen in dieser Region, in der fast alle von der Produktion von Kartoffeln, Karotten, Zwiebeln oder Kohl leben, weiterhin grosszügig Chlorothalonil auf ihren Feldern. Und ob-



«Wir verliessen uns auf die Kontrollen, welche die Regierung zweimal jährlich durchführt»: José Sánchez Redondo, Präsident der Kommunalbehörde, die für die Wasserversorgung von Santa Rosa verantwortlich ist.

wohl dieses Pestizid mittlerweile in der Europäischen Union (EU), Grossbritannien und der Schweiz aufgrund der Risiken für das Trinkwasser und die Gesundheit verboten ist, verkaufen europäische Unternehmen weiterhin grosse Mengen Chlorothalonil in Costa Rica.

Laut Zolldaten, die Unearthed (die Investigativ-einheit von Greenpeace Grossbritannien) und Public Eye gemeinsam analysiert haben, entfielen 26 % der zwischen 2020 und 2022 in Costa Rica eingeführten Gesamtmenge an Chlorothalonil auf Syngenta. Damit ist der Basler Konzern die Nummer 1 auf diesem Markt.

Andere europäische Unternehmen wie die italienische Sipcam Oxon und die deutsche BASF verkaufen ebenfalls Produkte auf der Basis von Chlorothalonil in Costa Rica, obschon ihr Einsatz in der EU verboten ist. Chlorothalonil wurde zum Teil sogar direkt aus der EU in Costa Rica eingeführt. Gemäss den Zolldaten haben Italien, Belgien, Dänemark, Grossbritannien, Deutschland und Spanien das Pestizid nach Costa Rica exportiert, obschon dessen Verwendung auf ihren eigenen Feldern 2019 verboten worden war.

Syngenta wollte unsere Fragen nicht beantworten und diese Befunde nicht kommentieren. Ein Sprecher von BASF sagte: «Wir sind darüber informiert, dass Rückstände von Chlorothalonil in den Wassersystemen in Cipreses festgestellt wurden, und sind sehr besorgt über solche Be-

richte.» Man sei jedoch davon überzeugt, dass die eigenen Produkte sicher sind, «wenn sie korrekt verwendet werden, indem die Anweisungen auf dem Etikett und die Sicherheitsrichtlinien befolgt werden», fügte der Sprecher hinzu. «Als zusätzliche Sicherheit evaluieren wir freiwillig alle Produktanwendungen, die potenzielle Gesundheitsrisiken bergen, und heissen sie nur gut, wenn die Evaluationen die Sicherheit der Landwirt\*innen unter den lokalen Anwendungsbedingungen bestätigen. Unsere Mitarbeitenden leben und arbeiten in den Ländern, in denen wir unsere Produkte verkaufen, und sie sind mit den Landwirt\*innen vor Ort auf den Feldern.»

Es ist nun acht Monate her, dass die Zisternenlaster damit begonnen haben, Wasser nach Cipreses und Santa Rosa zu fahren, und eine Lösung ist noch immer nicht in Sicht. Weil für den Anschluss an das Leitungsnetz aktuell keine Bewilligungen mehr erteilt werden, dürfen in Cipreses derzeit keine Neubauten erstellt werden. Bis Mitte März hatten die staatlichen Behörden bereits umgerechnet 50 000 US-Dollar für die Lieferungen per Lastwagen ausgegeben. Niemand weiss, wann und wie die Verschmutzung gestoppt werden kann und inwiefern die gesamte Region betroffen ist.

Die Erfahrungen in den europäischen Ländern, in denen die Verwendung des Stoffes inzwischen verboten ist, zeigen, dass die Abbauprodukte von Chlorothalonil

## In Europa verbotene Pestizide vergiften das Trinkwasser in Costa Rica

Die Region Cartago ist das wichtigste Anbaugebiet für Gemüse des Landes. Der starke Einsatz von Pestiziden hat insbesondere in den Ortschaften Cipreses und Santa Rosa das Grundwasser verschmutzt.





«Es ist wie eine Droge», sagt der Landwirt Óscar Ruiz Gómez zum Chlorothalonil. «Es tötet die Pilze einfach zu gut.»

© Jose Diaz

sehr lange in der Umwelt verbleiben und das Grundwasser wahrscheinlich über viele Jahre hinweg erheblich beeinträchtigen werden. Die Technologien, mit denen sich diese Schadstoffe aus dem Trinkwasser entfernen lassen, sind sehr teuer.

«In der gesamten Region müssen viel mehr Analysen durchgeführt werden», sagt Clemens Ruepert, Chemiker und Forscher am Universitätsinstitut Iret, der mit seinen Untersuchungen die Kontamination in Cipreses belegte und die Intervention der nationalen Behörden auslöste. «Aber wir müssen die Ressourcen dafür finden und die möglichen Lösungswege bedenken. Jedenfalls ist es weder haltbar, die Bevölkerung jeden Tag über Lastwagen mit Trinkwasser zu versorgen, noch sie weiter dem Risiko durch das Leitungswasser auszusetzen. Gleichzeitig müssen wir darüber nachdenken, wie wir die Erholung der natürlichen Quellen herbeiführen können. Aber das ist sehr komplex. Jedenfalls trinken die Menschen hier Wasser, das Abbauprodukte bestimmter Pestizide enthält, die in dieser Region häufig zum Einsatz kommen. Daran besteht für uns kein Zweifel», betont Ruepert.

«Es ist wie eine Droge», sagt der Landwirt Óscar Ruiz Gómez über das Chlorothalonil, das er weiterhin auf seine Karotten- und Kartoffelpflanzen sprüht – und dies ohne jegliche Schutzausrüstung.

Viele der 9000 Einwohner\*innen in Cipreses und Santa Rosa trinken trotz der Anordnung des Gesundheitsministeriums weiterhin Leitungswasser, aber Ruiz gehört nicht dazu. Seit Oktober 2022 nutzt er das Trinkwasser, das die Zisternenwagen nach Cipreses fahren.

«Es tötet die Pilze einfach zu gut», erklärt der Landwirt. Das Fungizid wirke und sei zudem erschwinglich. Deshalb werde es oft in höheren Dosierungen und häufiger eingesetzt als von den Herstellern empfohlen. In den letzten Jahren, so versichert er, seien die Mengen jedoch reduziert worden, da sich viele mit Agraringenieur\*innen berieten, welche die Pestizidindustrie selbst stellt; diese ist mit ihren riesigen Plakatwänden am Rand der Landstrasse in der ländlichen Gegend um Cipreses nicht zu übersehen.

In dieser Region gehören Daconil und Bravonil zu den bekanntesten Chlorothalonil-Marken, beide stammen von Syngenta. Sie verkaufen sich sehr gut, insbesondere



© Jose Diaz  
Óscar Ruiz Gómez und sein Sohn Jordi sind Landwirte in der Region Cipreses. Seit Jahren sind sie daran gewöhnt, ihre Karottenplantagen mit Chlorothalonil zu besprühen.

im Norden der Provinz Cartago. Eine Flasche Bravonil kostet im Laden 14 000 Colones (25 US-Dollar). «Ich verkaufe sehr viel davon», sagt der Verkäufer, bei dem wir eine Flasche kaufen.

### **Chlorothalonil ist «unser täglich Brot»**

Chlorothalonil ist das am vierthäufigsten verwendete Pestizid in Costa Rica. Dies geht aus Daten hervor, die Elídir Vargas zusammengestellt hat. Vargas forscht über den Einsatz von Agrochemikalien und ist der Autor von Studien, die vom Lokalbüro des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen finanziert wurden. Sie zeigen, dass das zentralamerikanische Land, das als «grünstes Land weltweit» bekannt ist, gleichzeitig zu den Ländern gehört, die weltweit am meisten Fungizide pro Hektar einsetzen.

In der Region rund um den Irazú-Vulkan ist Chlorothalonil «unser täglich Brot», erklärt Ismael Serrano, Landwirt in Cipreses und Besitzer eines Unternehmens, das Karotten exportiert. Serrano war bis vor neun Jahren Vorsitzender der für die Wasserversorgung von Cipreses zuständigen Behörde. Er beschuldigt den

aktuellen Vorstand der Behörde, die Verseuchung der Wasserversorgung zuzulassen. Und er wirft der Behörde vor, dass sie die Grundstücke rund um die Quellen nicht aufgekauft habe, sodass heute nur wenige Meter von der Quelle entfernt Gemüse angebaut wird, obwohl das Gesetz dafür einen Mindestabstand von 200 Metern verlangt. Der Unternehmer versichert, dass ihm schon immer klar gewesen sei, dass die Klagen keine Launen irgendwelcher Aktivist\*innen sind. «Sie hatten Recht. Inzwischen liegen Beweise vor, dass das Trinkwasser Rückstände von Chlorothalonil aufweist, und in anderen Ländern wurden Studien veröffentlicht über die schwerwiegenden Auswirkungen, die diese Rückstände auf die Gesundheit haben», erklärt uns Serrano in seiner Fabrik. Er weiss, wovon er spricht: «Vor einer Woche verlor ich einen 45-jährigen Angestellten, der an Magenkrebs starb, und jetzt erhielt sein Vater dieselbe Diagnose.»

Ein Stück weiter, in Santa Rosa, treffen wir den 70-jährigen Leonel Sánchez, der gerade auf dem Weg ist, um Trinkwasser aus einem Lastwagen zu holen. Seine Frau hat Krebs, und sein Sohn leidet an Nierenversagen. Deshalb wollen sie «nicht riskieren, verseuchtes Wasser



Stark belastete Böden: die landwirtschaftlich intensiv genutzte Region im Hochland der Region Cartago.

© Jose Diaz

zu trinken», sagt der Landwirt im Ruhestand, der früher selbst Chlorothalonil verwendete und immer sorglos Leitungswasser trank. Aber jetzt beherzigt er die Warnungen. «Wir haben auf unseren Höfen immer grosse Mengen an Agrochemikalien verwendet, und niemand hat uns jemals davor gewarnt», sagt er.

Die Ärzt\*innen, mit denen wir sprechen konnten, sind äusserst vorsichtig, wenn es darum geht, einen Zusammenhang zwischen den in der Region beobachteten Krankheiten und der Exposition gegenüber Chlorothalonil herzustellen. Die Folgen dieser Exposition für die Gesundheit seien bisher nicht untersucht worden, sagt die Epidemiologin Rebeca Alvarado, die für das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen die Auswirkungen von Pflanzenschutzmitteln erforscht. In Costa Rica würden die Gesundheitsfolgen von Agrochemikalien nur bei akuten Vergiftungen erfasst, jedoch gebe es kaum Daten zu Langzeitschäden in Form von chronischen Erkrankungen. Es gebe internationale Fachliteratur, in der die Substanz mit Problemen wie Asthma, Krebs und Schädigungen der Niere und der Prostata sowie der weiblichen Fortpflanzungsorgane in Verbindung gebracht wird.

«Und wir wissen, dass es aus Chlorothalonil abgeleitete Substanzen gibt, die im Wasser zu finden sind. Doch für Costa Rica lässt sich kein kausaler Zusammenhang mit solchen Erkrankungen nachweisen. Eines ist jedoch sicher: Die Menschen nehmen Rückstände von Substanzen zu sich, deren gesundheitsschädigende Wirkung in anderen Ländern als erwiesen gilt», so Rebeca Alvarado.

#### **Konflikt mit dem lokalen Wasserversorger**

Die für die Wasserversorgung von Cipreses zuständige Behörde anerkennt jedoch nicht, dass das Leitungswasser für die Einwohner\*innen ein Gesundheitsrisiko darstellt. Anders als ihre Schwesterbehörde im benachbarten Santa Rosa akzeptiert sie nicht einmal die Aussage, dass ihr Wasser kontaminiert sei. Als das Gesundheitsministerium im Oktober den Präsidenten der Behörde von Cipreses, Virgilio Ulloa, angewiesen hatte, die Quellen für die Nutzung als Trinkwasser zu schliessen, hatte dieser gegenüber den Medien erklärt, dass die Wasserversorgung weiterhin normal funktioniere, dass «niemand hier daran gestorben» sei und dass die Menschen «über ihr Gemüse mehr Gift» konsumierten als über das Trinkwasser.



Aufgrund von Pestizidrückständen im Trinkwasser von den Behörden geschlossen: die Quelle Plantón in Cipreses.

In einem über zweistündigen Gespräch mit uns stellt Ulloa die Qualifikation des Universitätsinstituts Iret, das mit seinen Analysen die Wasserverschmutzung aufgedeckt hat, infrage. Dabei hatte just seine Behörde das Institut mit einigen Analysen beauftragt. Er behauptet, das Labor des Instituts sei nicht akkreditiert, um Proben auf Rückstände von Chlorothalonil zu untersuchen, zudem habe das Institut unter dem Druck von lokalen Aktivist\*innen gestanden. «Es war unser Fehler, den Feind mit der Durchführung der Analysen zu beauftragen», sagt Ulloa – im Übrigen ein Landwirt aus der Region und ein glühender Verfechter des Einsatzes von Pestiziden. Während des Interviews trägt er eine Mütze mit dem Logo eines lokalen Pestizidhändlers.

Darnér Mora, der Direktor des Nationalen Wasserlabors von Costa Rica (des Labors der nationalen Regierungsbehörde, die für ländliche Wasserversorgungen wie jener in Cipreses zuständig ist), teilt Ulloas Haltung nicht. Das staatliche Labor ist für die Untersuchung auf Rückstände von Chlorothalonil zertifiziert, arbeitet aber mit dem Universitätsinstitut Iret zusammen, da es nicht über die Kapazitäten verfügt, um diese

Arbeit selbst durchzuführen. «Man muss immer wissenschaftlich vorgehen, und wenn das Labor des Iret Rückstände von Chlorothalonil gefunden hat, glauben wir das», versichert Mora.

#### **Fragwürdige Zweitmeinung eingeholt**

Anstatt den Rat dieser Wissenschaftler zu akzeptieren, hat die für die Wasserversorgung von Cipreses zuständige Behörde – mit tatkräftiger Unterstützung von Vertreter\*innen der Pestizidlobby Costa Ricas – Anfang 2023 eine neue Runde von Analysen bei einem neuen Labor in Auftrag gegeben, dem Forschungszentrum für Umweltverschmutzung der Universität von Costa Rica. Nur: Dieses Forschungszentrum kann zwar auf Chlorothalonil testen, nicht aber auf Abbauprodukte dieses Pestizids. Der offensichtliche Zweck dieser Analysen bestand darin, die Bevölkerung davon zu überzeugen, dass es kein Problem sei, weiterhin Leitungswasser zu trinken oder das Gemüse mit Pestiziden zu besprühen.

Am 2. Februar 2023 wurden aus einer Quelle namens Plantón in Cipreses Proben entnommen; das Ereignis wurde filmisch festgehalten und auf



Flaschen- statt Leitungswasser: der Fahrer des Zisternenwagens an der Arbeit.

© Jose Diaz

der Facebook-Seite der Behörde gepostet. In nächster Umgebung der Quelle werden Kartoffeln und Kohl in rauen Mengen angebaut, ohne dabei die gesetzlich vorgeschriebene Schutzzone von 200 Metern zu beachten. Anwesend waren Mitglieder der für die lokale Wasserversorgung zuständigen Behörde, deren Geschäftsleiterin Sonia Aguilar, ein Rechtsanwalt und ein Unternehmer namens Freddy Solís. Der Lokaljournalist, der für das Filmen des Anlasses bezahlt wurde, stellte Solís als Präsidenten des Verbands der Hersteller und Händler von Agrochemikalien (Asoagra) vor. Hauptberuflich ist Solís Geschäftsführer von Distribuidora Inquisa, einem Agrochemiehersteller, der unter anderem Chlorothalonil verkauft. «Er unterstützt uns sehr, wenn es um Agrochemikalien geht», beschrieb Sonia Aguilar, die Geschäftsleiterin der lokalen Wasserversorgungsbehörde, uns gegenüber später das Verhältnis zwischen dem Unternehmer und der Behörde.

Im Interview mit uns sagt Solís, dass er der Entnahme der Proben aus der Quelle Plantón als Industrievertreter beigewohnt habe und dass er überzeugt sei, dass die Schliessung der Quellen durch die Regierung

«auf Mutmassungen» beruhe. Zudem schliesse er aus, dass Chlorothalonil irgendwelche schädlichen Auswirkungen auf die Umwelt oder die Gesundheit habe, wenn es in der Dosierung angewendet werde, die im Kleingedruckten auf den Verpackungen angegeben ist.

Als Reaktion auf unsere Untersuchung veröffentlichte die regionale Zweigstelle von CropLife, der Organisation, welche die Interessen von Syngenta und anderen multinationalen Unternehmen der Branche vertritt, eine Erklärung, die nahelegt, dass das Problem darauf zurückzuführen sei, dass das Gesundheitsministerium von Costa Rica einen übermässig strengen Grenzwert für die Menge an Pestiziden festgelegt habe, die im Trinkwasser vorhanden sein darf.

«Entscheidend ist nicht, ob Pestizidrückstände in Lebensmitteln oder im Wasser nachgewiesen wurden oder nicht, sondern vielmehr, in welcher Menge sie auftreten. Denn solange kein Grenzwert überschritten wird, besteht kein Risiko für die Bevölkerung; vorausgesetzt, die Grenzwerte wurden nach international anerkannten wissenschaftlichen Normen und Standards festgelegt, was in Costa Rica nicht der Fall ist», heisst es in der Erklärung.



Fiorella Ulloa hat ihren Geruchs- und Geschmackssinn fast vollständig verloren. Der Arzt diagnostizierte bei ihr Polypen in den Nasennebenhöhlen.

Laut CropLife wurde die costa-ricanische Regelung, die einen Grenzwert von 0,1 Mikrogramm pro Liter für alle Pestizide im Trinkwasser definiert, «ohne jegliche technische oder wissenschaftliche Grundlage» festgelegt. Dieser Grenzwert ist jedoch genau derselbe, den die EU für alle Pestizidrückstände in Trink- oder Grundwasser festlegt. Er gilt auch für die Abbauprodukte von Chlorothalonil, da das Pestizid als «mutmasslich krebserregend» eingestuft wurde.

#### «Auch das Wasser ist heilig»

Die Beschwichtigungen der Pestizidindustrie vermögen nicht überall zu überzeugen. Das Nationale Institut für Wasserversorgung, das Gesundheits- und das Umweltministerium sowie das Verfassungsgericht haben alle das Problem erkannt. Letzteres behandelte im November 2022 eine Klage der Bewohner\*innen von Cipreses und gab der Regierung drei Monate Zeit, um «die Frage nach der Verseuchung durch Chlorothalonil-Rückstände umfassend und abschliessend zu klären» und zu untersuchen, ob weitere Gemeinden betroffen sind. Bis anhin hat die Regierung ihre Hausaufgaben nicht gemacht.

Dieses Problem wäre vielleicht nie ans Licht gekommen, wenn eine Einwohnerin von Cipreses, Isabel Méndez, nicht vor neun Jahren bei einem Besuch der Plantón-Quelle einen Verdacht geäussert hätte. Cipreses ist ein streng katholischer Ort, und die Gemeinde hielt früher an dieser Quelle Messen ab, um die Jungfrau Maria um Regen für die Ernte zu bitten. An einem Samstag im Jahr 2014 war Méndez mit den Vorbereitungen für eine dieser Zeremonien beschäftigt, als sie einen starken Geruch nach Pestiziden wahrnahm. Auf dem Boden hatte sich eine weisse, cremige Substanz angesammelt, die in Rinnen vom Ackerland hinunter zur Quelle lief. Möglicherweise hatte der starke Regen in der Nacht davor die Pestizide von den Pflanzen abgewaschen. «Darauf fragte ich die zuständige Behörde, ob das Wasser verseucht sei. Sie verneinte dies stets, ich aber blieb beunruhigt», erzählt Méndez.

Zwei Jahre später wurden bei ihrer Tochter Fiorella Ulloa, damals erst 16, Polypen in den Nasennebenhöhlen diagnostiziert. Sie wurde operiert, doch traten die Wucherungen bald erneut auf. «Die Ärzt\*innen sagten mir, dass sie in Ermangelung anderer Faktoren nicht ausschliessen könnten, dass das Wachstum der Polypen durch das

verseuchte Wasser beschleunigt wurde», sagt die heute 23-Jährige, die ihren Geruchs- und Geschmackssinn fast vollständig eingebüsst hat. Doch wenn sie auf den Straßen spaziert, die durch die Landgüter verlaufen, nimmt sogar sie den stechenden Geruch der Pestizide wahr, die in kleinen Wolken immer wieder über den frisch besprühten Anbauflächen aufsteigen. Wer die Gegend besucht, bemerkt rasch einmal, dass der Wind häufig den Geruch von Chemikalien mit sich trägt.

Für ihre Familie und die lokale Bevölkerung beschloss Isabel Méndez, sich nicht mehr auf die Arbeit in der Kirchgemeinde zu beschränken. «Auch das Wasser ist heilig», erklärt sie ihr Engagement. So lernte sie vor Jahren Ricardo Rivera kennen, den damaligen Geschäftsleiter der lokalen Wasserversorgungsbehörde, der organisationsintern durch Chlorothalonil ausgelöste Umweltprobleme angesprochen hatte. Sie taten sich mit weiteren Bewohner\*innen und dem bekannten Umweltschützer Fabián Pacheco zusammen, der kurz davor nach Cipreses gezogen war, um einen biologischen Landwirtschaftsbetrieb aufzubauen, und gründeten zusammen die

Umweltinitiative EcoCipreses. Dies war der Beginn einer Kampagne, die nicht nur eine starke Verunreinigung der lokalen Wasserversorgung aufgedeckt hat, sondern die Forderung nach einem Verbot des weit verbreiteten Fungizids Chlorothalonil unterstützt.

### Bisherige Massnahmen bewirkten wenig

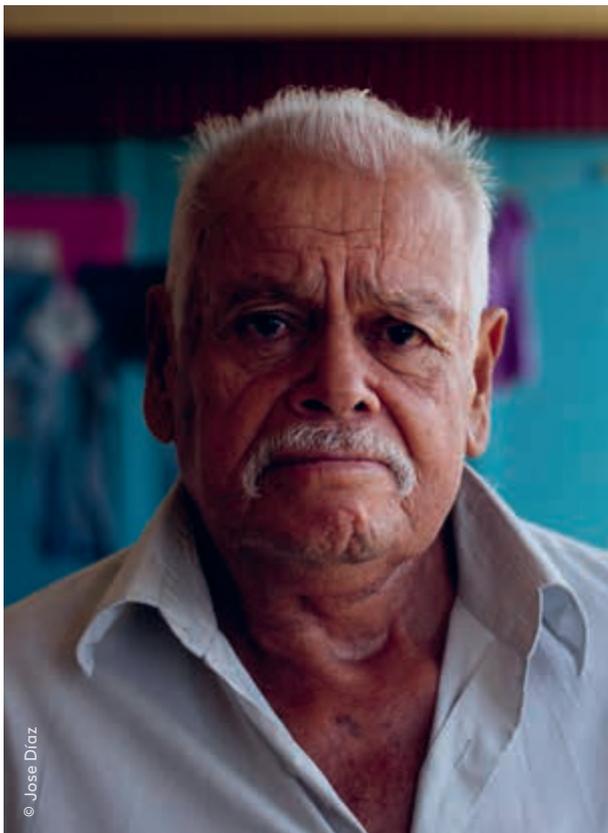
Im Februar 2023 hat die Direktion für Umweltqualitätsmanagement des Ministeriums für Umwelt und Energie von Costa Rica in einem Schreiben an einen Parlamentarier bestätigt, dass sie ein nationales Verbot von Chlorothalonil unterstützt. In Costa Rica benötigt jedes Verbot eines gefährlichen Pestizids die Unterstützung des Umwelts-, des Gesundheits- und des Landwirtschaftsministeriums. Das Schreiben listet fünf weitere Städte und Dörfer in anderen Provinzen auf, in denen die Wasserversorgung in ähnlicher Weise wie in Cipreses verseucht ist, und es wurde hinzugefügt, dass die bisherigen Massnahmen der Regierung «nur geringe Auswirkungen auf das Problem der Pestizidkontamination von Quellen und Oberflächenwasser» hatten.

Aber ein Verbot, wenn es denn kommen sollte, würde wahrscheinlich lange auf sich warten lassen. Costa Rica brauchte zwölf Jahre, um das Unkrautvernichtungsmittel Bromacil zu verbieten, nachdem nachgewiesen worden war, dass es die Wasserquellen in der Nähe der Ananasplantagen des Landes verunreinigte.

Albin Badilla, Koordinator des Programms zur Kontrolle und Überwachung der Trinkwasserqualität im Gesundheitsministerium, erklärte im Februar, dass unter Beteiligung mehrerer Ministerien eine Arbeitsgruppe eingerichtet worden sei, die eine Empfehlung darüber abgeben solle, ob Chlorothalonil eingeschränkt oder verboten werden soll. Doch selbst wenn die Arbeitsgruppe ein Verbot empfehlen sollte, würde ihr Rat nicht unbedingt befolgt. In der Vergangenheit wurden Berichte, in denen das Verbot anderer Pestizide in Costa Rica empfohlen wurde, von der Politik schubladisiert.

Die Agrochemieindustrie scheint ihrerseits nicht bereit zu sein, Chlorothalonil vom Markt zu nehmen. Ihr Verbandspräsident Solís stellt klar, dass ein Verbot nur die allerletzte Option sein dürfe. Die bis dato vorgelegten Proben zweifelt er an und fordert weitere Analysen: «Bei Problemen dieser Art müssen die Behörden als allererstes überzeugende wissenschaftliche Proben einfordern oder sammeln und dabei genaue Entnahme- und Analyseprotokolle einhalten, um zu beweisen, dass sich ein Verdacht auf Fakten stützt.» Und er ergänzt: «Aufgrund von blossen Vermutungen, die sich nicht auf die Wissenschaft stützen, dürfen keine Verbote gefordert werden.»

In der Zwischenzeit blicken die Menschen in Cipreses und Santa Rosa in eine ungewisse Zukunft. Niemand weiss, wie lange sie bereits verseuchtes Wasser getrunken haben oder welche Auswirkungen es auf ihre



José Miguel Quesada, ein 76-jähriger Landarbeiter im Ruhestand, hat Zungenkrebs. Sein Arzt meint, das könne mit dem Wasser zu tun haben. «Man weiss das nicht mit Sicherheit, aber es ist denkbar», sagt Quesada.



Heile Welt in dieser Darstellung der Schwarzen Madonna oder «Nuestra Señora de los Ángeles», der Schutzpatronin von Costa Rica. Ihr zu Ehren finden in der Stadt Cartago jedes Jahr Feierlichkeiten statt.

Gesundheit haben wird. Niemand weiss, wie weit die Kontamination im Land verbreitet ist, und niemand weiss, wie die Verunreinigungen aus den betroffenen Quellen entfernt werden können.

#### Der Trinkwasserskandal spaltet das Dorf

In Cipreses hat der Skandal zu einer tiefen Spaltung geführt. Die für die Wasserversorgung zuständige Behörde befindet sich im offenen Konflikt mit den Einwohner\*innen, die EcoCipreses gegründet haben. Auch unter den anderen Bewohner\*innen sind die Meinungen geteilt. Viele trinken immer noch bedenkenlos Leitungswasser. Andere sind dazu übergegangen, das Wasser aus den Lastwagen zu trinken. Und einige sind es müde, auf die Lastwagen zu warten oder Wasserbidons zu tragen. «Es ist nicht leicht», sagt José Miguel Quesada, ein 76-jähriger Landarbeiter im Ruhestand, im Flur seines Hauses. Quesada hat Zungenkrebs, sein Arzt meint, das könne mit dem Wasser zu tun haben. «Man weiss das nicht mit Sicherheit, aber es ist denkbar», sagt Quesada.

In der Schule des Dorfes dürfen die Kinder nur Wasser vom Zisternenlaster trinken. «Ich habe keinen

Zweifel, dass unser Leitungswasser verunreinigt ist, das belegen die Analysen», sagt Schulleiterin Virginia Corrales. «Aber wir wissen nicht, welche Auswirkungen das hat. Wir befolgen jedenfalls die Anweisung des Gesundheitsministeriums, wonach wir das Wasser aus den Lastwagen trinken sollen. Es geht um die Gesundheit von über 300 Schüler\*innen.» In der Schulküche schält die Köchin Ana Lia Coto Kartoffeln, die mit dem herangekarrten Wasser gewaschen wurden. Doch zu Hause benutzt sie Leitungswasser. «Uns ist bisher nichts passiert», sagt sie und zuckt mit den Schultern.

«Wir können dieses Problem nicht auf sich beruhen lassen. Aber wenn Sie mich fragen, was die Lösung ist, muss ich Ihnen sagen, dass ich keine habe», sagt José Sánchez Redondo, Präsident der Wasserversorgungsbehörde von Santa Rosa. «Ich habe keine Lösung, und keine andere Behörde in dieser Region hat eine.» ■

Dieser Text ist die leicht gekürzte Übersetzung der auf Spanisch verfassten Originalreportage.



# Chlorothalonil: ein Pestizid, das in Europa verboten ist, aber dennoch exportiert wird

© Jose Diaz

Chlorothalonil ist «mutmasslich krebserregend» und verschmutzt das Grundwasser. Deshalb haben die EU und die Schweiz das Fungizid auf ihren eigenen Feldern verboten. Dennoch exportieren sie den unter anderem von Syngenta vermarkteten Stoff weiterhin, hauptsächlich in Länder im globalen Süden, die nicht über die Kapazitäten verfügen, die damit verbundenen Risiken zu handhaben.

LAURENT GABERELL

«Eine noch nie da gewesene Katastrophe für die Trinkwasserversorger», titelte die französische Tageszeitung «Le Monde» am 5. April dieses Jahres. Sie schrieb über einen alarmierenden Bericht der staatlichen Behörde für Lebensmittelsicherheit, Umwelt- und Arbeitsschutz, der kurz darauf veröffentlicht wurde. In Frankreich ist das Trinkwasser demnach grossräumig mit Abbauprodukten von Chlorothalonil verseucht. Das Fungizid wird unter anderem von Syngenta vermarktet. Etwa ein Drittel des Trinkwassers erfüllt die behördlichen Vorgaben nicht, und eine Aufbereitung könnte in die Milliarden gehen.

In der Schweiz machte Chlorothalonil kürzlich ebenfalls Schlagzeilen. Nach Schätzungen der Kantone ist das Trinkwasser von 700 000 Menschen mit Abbauprodukten von Chlorothalonil belastet, deren Konzentration den geltenden Grenzwert überschreitet. Am stärksten betroffen sind die landwirtschaftlich intensiv genutzten Regionen des Mittellandes. Es ist davon auszugehen, dass diese Verunreinigungen die Grundwasserqualität «noch während Jahren in grösserem Ausmass» beeinträchtigen werden, warnt das Bundesamt für Umwelt (Bafu). Die Kosten für eine Aufbereitung könnten zu einem Anstieg des Wasserpreises um 75 % führen.

Chlorothalonil wurde in den 1970er-Jahren auf den Markt gebracht und war lange Zeit eines der meist-

verkauften Fungizide in der Schweiz und in der EU. Im Jahr 2019 wurde die Substanz nach einem Bericht der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (Efsa) in der EU jedoch verboten. Denn Chlorothalonil ist als mutmasslich krebserregend für den Menschen eingestuft und birgt ein hohes Risiko für Gewässerverschmutzung durch seine Metaboliten, also durch die Stoffe, die beim Abbau in der Umwelt entstehen. Diese Abbauprodukte sind ebenfalls gesundheitsschädlich. In der Folge wurde Chlorothalonil auch in der Schweiz verboten.

Seit dem Verbot sind drei Jahre vergangen. Trotzdem erlauben die EU und die Schweiz nach wie vor die Ausfuhr von Chlorothalonil, dessen grösster Hersteller der Basler Konzern Syngenta ist. Abnehmer sind vor allem Länder mit niedrigem oder mittlerem Einkommen, in denen die Vorschriften lasch sind. Dies zeigt eine neue Recherche von Public Eye und der britischen Nichtregierungsorganisation Unearthed. Gestützt auf das Öffentlichkeitsprinzip konnten wir verschiedene Unterlagen der europäischen Behörden einsehen. Daraus wird ersichtlich, dass 2022 knapp 900 Tonnen Chlorothalonil für den Export aus der EU angemeldet wurden.

Der Grossteil davon war für Ägypten, Algerien, Kamerun sowie weitere Länder auf dem afrikanischen Kontinent bestimmt, wo Pestizide und ihre Nutzung

kaum kontrolliert werden und viele Trinkwasserquellen verschmutzt sind. Zu den wichtigsten Importländern gehören auch Kolumbien, die Philippinen und Guatemala. In Ländern mit niedrigem oder mittlerem Einkommen ist das Risiko einer Exposition der Bevölkerung oder der Umwelt laut der UNO viel höher als in Ländern mit hohem Einkommen.

### Gift im Trinkwasser

Seit dem Verbot des Fungizids auf ihren eigenen Feldern Ende 2019 hat die EU mindestens 130 Tonnen Chlorothalonil nach Costa Rica geliefert. Im dortigen Trinkwasser wurden extrem hohe Konzentrationen an Chlorothalonil-Abbauprodukten nachgewiesen, die bis zu 200 Mal über dem gesetzlichen Grenzwert liegen. Wie wir in unserer Reportage berichten, müssen die Behörden seit Monaten zwei Dörfer im Norden der Provinz Cartago mit Wasser aus Tankwagen versorgen. Die Verschmutzung könnte nach Ansicht von Fachleuten die gesamte Region, die landwirtschaftlich intensiv genutzt wird, betreffen. Costa Rica fehlen die technischen Mittel, um das Trinkwasser systematisch auf den Schadstoff zu untersuchen.

Als grösster Exporteur von Chlorothalonil aus der EU ist Syngenta für über 40 % (knapp 380 Tonnen) der 2022 gemeldeten Mengen verantwortlich. Bei sämtlichen Ausfuhren von Syngenta wurde als Ursprungsland Deutschland oder Griechenland angegeben. Andere Hersteller exportieren aus Belgien, Italien, den Niederlanden und Spanien. Arysta Lifescience (Teil des indischen Konzerns UPL), die italienische Sipcam Oxon und Cheminova (Tochter des US-Pestizidherstellers FMC) haben 2022 Chlorothalonil-Ausfuhren aus diesen Ländern gemeldet.

Der Syngenta-Konzern, der in Monthey im Wallis seine weltweit grösste Produktionsstätte hat, exportiert Chlorothalonil auch aus der Schweiz. Es ist jedoch nicht möglich, das genaue Ausmass dieser Exporte, den Ort der Produktion und die Importländer in Erfahrung zu bringen. Bis heute ist das 2019 verbotene Chlorothalonil nicht in der Schweizer Verordnung über die Ausfuhr gefährlicher Chemikalien aufgeführt. Für den Stoff gilt somit keinerlei behördliche Meldepflicht, und seine Ausfuhr unterliegt keinerlei Kontrollen – auch nicht den 2020 vom Bundesrat beschlossenen Exportverschärfungen für verbotene Pestizide. Die Daten der EU-Behörden zeigen jedoch, dass im Jahr 2022 fast 30 Tonnen Chlorothalonil die Schweiz passierten, bevor sie von Syngenta in Drittländer wiederausgeführt wurden.

Der Spielraum für die Agrochemiehersteller wird aber enger. Als wichtigste Exportländer für Chlorothalonil in der EU arbeiten Belgien und Deutschland an nationalen Gesetzen, welche die Ausfuhr von verbotenen Pestiziden stoppen sollen. Sie folgen damit dem Beispiel

Frankreichs, wo seit 2022 bereits ein solches Verbot gilt. Auch eine europäische Lösung ist in Aussicht. Die EU-Kommission hat sich bereits verpflichtet, bis 2023 einen entsprechenden Vorschlag vorzulegen. Dies geschah im Anschluss an eine Recherche von Public Eye und Unearthed, die zum ersten Mal das Ausmass der Exporte verbotener Pestizide aus der EU aufgezeigt hatte.

Als die EU-Kommission die Umsetzung dieser Verpflichtung unter dem Druck der Lobbyist\*innen der chemischen Industrie aus ihrem Arbeitsprogramm für 2023 strich, sorgte sie letzten Herbst für Empörung in der Zivilgesellschaft. Als Reaktion auf diese Kontroverse versicherte der EU-Umweltkommissar im Februar schliesslich, dass die Kommission weiterhin plane, bis Ende Jahr einen Vorschlag vorzulegen. Kürzlich hat sie dazu eine öffentliche Konsultation gestartet.

### Gefährliche Pestizidexporte unterbinden

Die Pestizidlobby hat also noch nicht gewonnen. Zudem beraten das Europäische Parlament und die Mitgliedstaaten noch über einen weiteren Gesetzesvorschlag der Kommission, der eine umweltbezogene und menschenrechtliche Sorgfaltspflicht für Unternehmen vorsieht, wenn diese ausserhalb der EU tätig sind. Sofern diese neuen Regeln für die gesamte Wertschöpfungskette bis hin zur Nutzung der Produkte gelten, wären die Hersteller künftig gezwungen, die Risiken ihrer Pestizide endlich ernst zu nehmen, und zwar weltweit.

Ein weiterer Stachel im Fleisch der Agrochemiekonzerne. ■

Einweihung eines Produktionszentrums im Syngenta-Werk Monthey, der weltweit grössten Fabrik des Konzerns.





# «Sandstrahler wirst du nur, wenn du keine Wahl hast»

Die Arbeit als Sandstrahler in einer türkischen Jeansfabrik hat Bego Demirs Lunge zerstört. Heute leitet der 42-jährige Aktivist die Clean Clothes Campaign in der Türkei. Mit der eigenen Marke will er ein Modell für eine faire und nachhaltige Jeansproduktion sein. Im Gespräch gibt Bego Demir Einblick in seine erfolgreiche Kampagnenarbeit, in der er auf Empathie und Kreativität setzt.

AUFGEZEICHNET VON ROMEO REGENASS

«Ich begann als 15-Jähriger, in Istanbul als Sandstrahler zu arbeiten. Zwölf Stunden am Tag. Zwei Arbeiter zusammen in einer Kabine. Einer legt die Jeans hin, der andere hält mit dem Schlauch auf die richtigen Stellen. Mit Hochdruck wird Sand auf den Stoff geschleudert und bleicht diesen aus, damit der trendige Stonewashed-Look entsteht. Beim Aufprall wird der Sand pulverisiert, Quarzstaub liegt in der Luft. Eine Drecksarbeit. Das machst du nur, wenn du keine Wahl hast.

Was ich damals noch nicht wusste: Diese Arbeit ist extrem gesundheitsschädlich. Die einfache Maske, die wir hatten, schützte uns nicht. Der Quarzstaub lagert sich in den Lungen ab, und das verursacht über kurz oder lang eine Quarzstaublunge. Sie war lange nur als Berufskrankheit von Berg- und Asbestarbeitern bekannt. Realisiert habe ich das erst zehn Jahre später, als ich mit 24 Militärdienst leistete. Beim Rennen war ich sofort ausser Atem, ich war überhaupt nicht leistungsfähig.

Der Armeearzt tippte auf Tuberkulose – doch alle Tests waren negativ. Im gleichen Jahr wurde ein guter Freund von mir schwer lungenkrank und starb. Sein Beruf hatte den behandelnden Arzt auf die richtige Spur gebracht: Er war Sandstrahler gewesen, wie ich. Kurz darauf hatte auch ich meine Diagnose: Quarzstaublunge. Konkret hatte ich 46 % meiner Lungenfunktion verloren. Für immer. Das zu hören, war hart.

Wegen meiner Krankheit kam ich in Kontakt mit Ärzt\*innen und Anwält\*innen, und alle sprachen von meinen Rechten als Arbeiter. Für mich war das völlig neu, darüber hatte ich mir vorher nie Gedanken gemacht. Mit 15 hatte ich mein Dorf in Anatolien verlassen, weil ich dort keine Zukunft sah. Im kurdischen Teil der Türkei lässt dir die Politik des türkischen Staats kein würdiges Leben. Es gibt schlicht keine Arbeit.

Die Sandstrahltechnik war in der türkischen Textilindustrie damals weit verbreitet; rund 10 000 Arbeiter\*innen, zumeist Männer, machten nur das. 2008 gründete ich das Komitee für Solidarität mit Textilsandstrahlern, um für unsere Rechte zu kämpfen. Von Anfang an unterstützten uns dabei viele Ärzt\*innen, Jurist\*innen, Künstler\*innen und Journalist\*innen.

Begonnen hatte alles mit einem offenen Brief über meine Erfahrungen. Er erschien in einer Lokalzeitung, wenig später setzte ihn das grösste Blatt im Land auf die Frontseite. Am Erscheinungstag läutete mein Mobiltelefon ununterbrochen.

---

**«Mir hat Rana Plaza definitiv die Augen geöffnet und aufgezeigt, dass das Sandstrahlen nicht das einzige Problem ist, das Arbeiter\*innen in der Textilindustrie haben; die Arbeitsbedingungen sind generell schlecht.»**

---

Von einem Tag auf den anderen waren die Sandstrahlthematik und unser Komitee einer breiten Öffentlichkeit bekannt. Wir setzten uns drei Ziele: erstens ein Verbot des Sandstrahlens in der Türkei zu erreichen, zweitens den betroffenen Arbeiter\*innen zu ihren Rechten zu verhelfen und ihnen drittens eine kostenlose medizinische Behandlung zu gewährleisten.

Ein Jahr lang kämpften wir sehr intensiv für ein solches Verbot, und im April 2009 entschied die türkische Regierung tatsächlich, das Sandstrahlen von Denim und anderen Stoffen zu verbieten. Und 2010 erreichten wir auch, dass die Regierung allen Sandstrahler\*innen kostenlosen Zugang zur medizinischen Versorgung gewährte. 2011 schliesslich trat ein Gesetz in Kraft, das allen Arbeiter\*innen, auch jenen in informellen Arbeits-

verhältnissen, die Pensionierung ermöglichte und eine monatliche Rente garantierte. Das scheint eine Selbstverständlichkeit zu sein, war es zuvor aber nicht – selbst mit einer Berufskrankheit.

### **Andere Länder sprangen in die Lücke**

In kürzester Zeit hatte das Komitee also sehr viel erreicht. Doch dann realisierte ich, dass das Sandstrahlen von Jeans ein Problem ist, das nicht auf die Türkei begrenzt ist. Auch in Bangladesch und anderen Ländern, die viele Textilien produzieren, werden Jeans so behandelt. Viele Marken verlagerten in der Folge diesen Produktionsschritt einfach in andere Länder.

Das war nicht in meinem Sinn. Ich begann, Kontakte mit Gewerkschafter\*innen in anderen Produktionsländern zu knüpfen, und kam auch mit der Clean Clothes Campaign (CCC) in Kontakt, die von Public Eye mitgetragen wird. Zusammen mit der CCC und der Erklärung von Bern, wie Public Eye damals noch hiess, lancierten wir eine internationale Kampagne und luden Arbeiter\*innen aus Bangladesch nach Genf ein. Die geplante Fokussierung auf Bangladesch wurde wegen der Katastrophe von Rana Plaza im Jahr 2013 mit den 1138 Toten dann leider hinfällig; da standen plötzlich andere Probleme im Vordergrund.

Mir hat Rana Plaza definitiv die Augen geöffnet und aufgezeigt, dass das Sandstrahlen nicht das einzige Problem ist, das Arbeiter\*innen in der Textilindustrie haben; die Arbeitsbedingungen sind generell schlecht. Deshalb gründete ich 2013 CCC Türkei und führte bis 2018 mehrere erfolgreiche Kampagnen durch. Zum Beispiel 2017 im Fall einer Fabrikschliessung: 151 Arbeiter\*innen hatten für die drei Monate vor dem Konkurs der Firma keinen Lohn mehr erhalten. Dabei hatte die Fabrik für die drei grossen Marken Zara, Mango und Next produziert.

Was tun? Wir schrieben den drei Marken einen offenen Brief und forderten sie dazu auf, ihre Arbeiter\*innen zu bezahlen. Ihre erste Reaktion: Das ist nicht unsere Fabrik, wir haben dorthin nur Teile der Produktion ausgelagert. Doch die Marken hatten eine Vereinbarung mit dem internationalen Gewerkschaftsverband Industriall Global Union, in der sie sich dazu verpflichtet hatten, Verantwortung für die Arbeiter\*innen in ihrer Lieferkette zu übernehmen. Das hielten wir ihnen vor. Und siehe da: Sie versprachen, die ausstehenden Löhne zu bezahlen.

### **Guerillaaktion brachte Erfolg**

Doch nach einem Jahr war noch kein Geld geflossen. Es musste etwas geschehen. Für 50 Euro liess ich Karten drucken. Darauf stand: «Ich habe dieses Kleidungsstück hergestellt und wurde nicht bezahlt. Bitte fordere Zara/Mango/Next auf, mir meinen Lohn zu bezahlen.» Die Entlassenen gingen heimlich in die Läden und steckten die Karten in die Kleider, die in den Regalen lagen. →



In höchstem Grad gesundheitsgefährdend: Sandblasen von Jeans in einer Fabrik in Bangladesch.

© AFP/Munit Uz Zaman

Unzählige Kund\*innen reagierten auf diese Aktion. Ein offener Brief auf unserer Website ging auf Twitter und anderen Kanälen viral, BBC übersetzte ihn ins Englische, und am Ende berichteten die Medien weltweit darüber. Schliesslich bezahlte der Zara-Mutterkonzern Inditex die ausstehenden Löhne. Das war das erste Mal, dass eine Modemarke Arbeiter\*innen in der Türkei direkt bezahlte.

In der Folge waren wir in mehreren ähnlich gelagerten Fällen erfolgreich: Mit kreativen und empathischen Aktionen gelang es uns jeweils, die Menschen bei ihren Gefühlen zu packen. Doch ich war trotzdem unzufrieden. Denn kaum war ein Fall gelöst, tauchte der nächste auf. Mir wurde klar, dass das Problem systemische Ursachen hat: Die Textilbranche versucht immer, möglichst billig zu produzieren und nicht fair. Also realisierten wir ein Video, in dem wir beschreiben, was wir als CCC unter sauberen Kleidern verstehen: existenzsichernde Löhne, keine Kinderarbeit, Sicherheit am Arbeitsplatz und so weiter. Das Video kam an, und viele Konsument\*innen fragten uns, wo sie denn solche Produkte kaufen könnten.

Darauf konnten wir ihnen nicht wirklich eine Antwort geben. In dieser Zeit hatte mich Ashoka, eine US-amerikanische Non-Profit-Organisation, die das soziale Unternehmertum fördert, als Fellow ausgewählt.

Ich versuchte, eine Reihe von türkischen Produzenten dazu zu bewegen, saubere Jeans zu produzieren, erhielt aber lauter Absagen: Das sei utopisch und nicht machbar. Sie waren allenfalls bereit, mit mir eine faire und nachhaltige Produktlinie zu entwickeln; der grosse Rest soll so bleiben, wie er ist. Daran war ich nicht interessiert.

#### **Aufbau einer fairen Lieferkette**

Also beschloss ich, es selbst zu versuchen. Ich wollte beweisen, dass es möglich ist, Geld zu verdienen und trotzdem fair zu produzieren. Nach einem Jahr Forschung und Entwicklung gründete ich Bego Jeans. Aber ich wollte mehr, mir schwebte eine eigentliche Clean-Fashion-Bewegung vor – ein Verbund von Unternehmen, die in der Türkei faire Mode produzieren. Ich wollte andere Marken dazu inspirieren. Deshalb baute ich nicht meine eigene Fabrik, sondern schuf eine durchgehend faire Lieferkette, die auch andere Produzenten nutzen sollten. Vom Anbau der Biobaumwolle bis zum Konfektionieren der Jeans sollte alles unter fairen Arbeitsbedingungen erfolgen.

Ein wichtiger Aspekt dabei: die Nachhaltigkeit. Denn was wollen die Modemarken? Sie wollen uns möglichst viel verkaufen – fünf oder zehn Jeans pro Jahr, nicht eine oder zwei. Deshalb haben sie kein



© CCC Turkey  
 Aktivist Bego Demir an einem Informationsanlass für Textilarbeiter\*innen in der Türkei.

Interesse daran, dass Kleider lange getragen werden. Dabei waren Jeans ursprünglich robuste Arbeiterhosen aus langlebigem Baumwollstoff (siehe Box auf Seite 22). Erst ein Spielfilm mit James Dean machte die Hose zum Symbol für Jugend und Rebellion. Ein Symbol für Freiheit ist sie noch heute: In vielen Büros darf man bei uns nur am Casual Friday in Jeans zur Arbeit gehen.

Heute sind Jeans ein kurzlebiges Produkt wie andere Kleider auch. Laut einer italienischen Studie wird eine Jeans im Durchschnitt neun Monate lang getragen. Ich aber wollte ein Produkt herstellen, das die Leute lange anziehen. Und ich wollte, dass meine Kund\*innen die Jeans am Ende ihres Lebenszyklus an mich zurücksenden, damit ich sie rezyklieren kann.

Bei den meisten Jeans geht das gar nicht. Denn heutzutage setzen die Hersteller Polyester und andere Materialien ein, welche die Lebensdauer reduzieren. Der heute so beliebte Used-Look, also die Jeans, die gebleicht werden und schon beim Kauf getragen wirken, verkürzt diese Zeit nochmals. Das Sandstrahlen zerstört die Jeans schon während der Produktion.

Meine Idee war, ein in jeder Hinsicht faires Produkt herzustellen: Wir wollen fair sein zur Natur, fair zu den Arbeiter\*innen, fair zu den Konsument\*innen. Und deshalb wollen wir auch nicht einfach verkaufen.

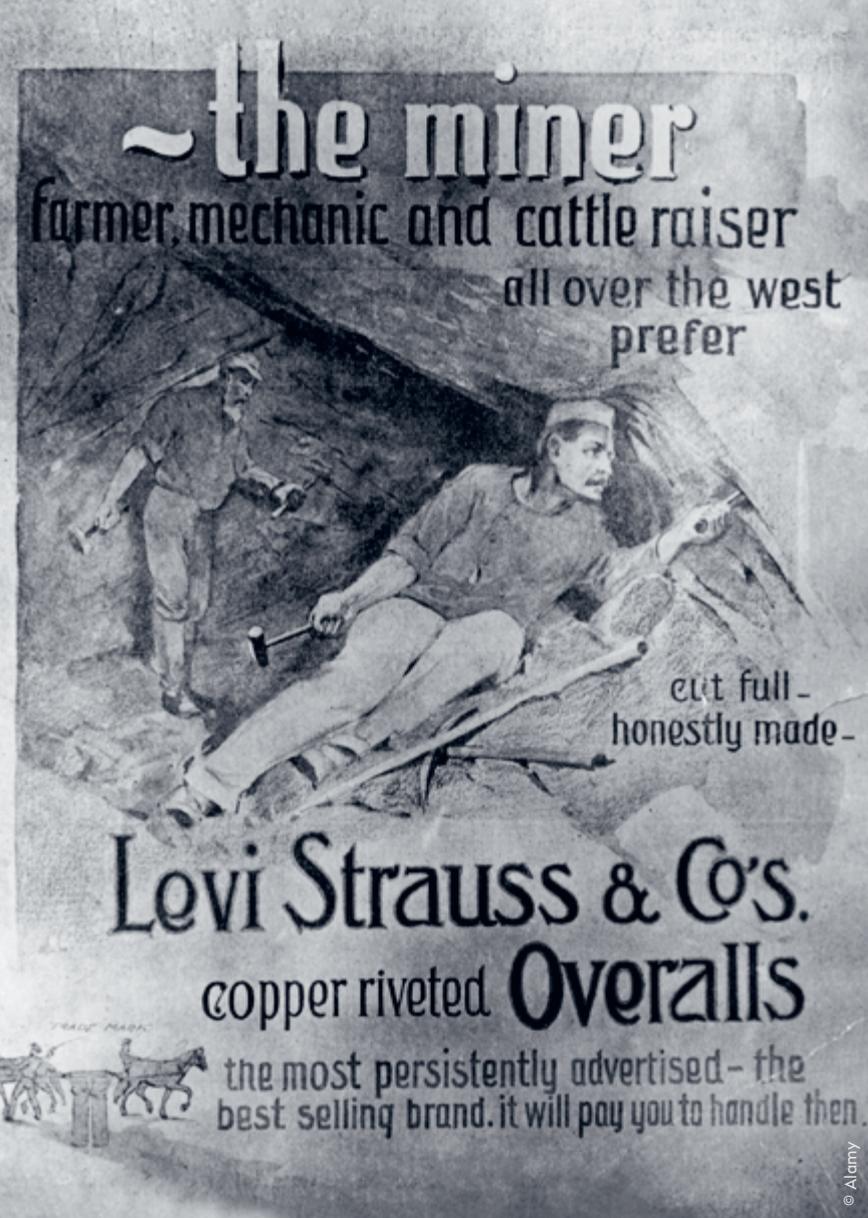
Wir sagen: Wenn du eine Jeans brauchst, kaufe sie. Wenn du keine brauchst, lass es sein. Das ist unsere Strategie.

Doch dann kam Covid-19. Das veränderte alles. Wir sperrten unsere Website, denn die Leute brauchten ja keine Jeans mehr; sie konnten im Pyjama zu Hause bleiben. Aber was geschah bei anderen Firmen? Sie verkauften online so viel wie nie zuvor. Mit verheerenden Folgen für alle, die in der Logistik arbeiteten und eben nicht im Pyjama zu Hause bleiben konnten: Gemäss der Erhebung einer Gewerkschaft waren sie viel stärker gefährdet, an Covid-19 zu erkranken, als andere.

#### **Entscheidungen auf politischer Ebene gefragt**

Da machten wir nicht mit. Aber wir brauchten Geld, denn wir hatten unsere Produktion gestartet. Ich hatte unterdessen auch eine Familie und vier Kinder. Also kontaktierte ich mehrere Investor\*innen, die an nachhaltigen Geldanlagen interessiert waren. Zehn davon investierten schliesslich in Bego Jeans und wurden Partner\*innen. 2021 nahmen wir die Produktion wieder auf und versuchten auch weiterhin, andere Unternehmen von unserer Philosophie und unserem Modell zu überzeugen.

In einem Land, in dem 50% der Beschäftigten in der Textilbranche in informellen Arbeitsverhältnissen tätig sind, also arbeits- und sozialrechtlich nicht



## 150 Jahre Jeans

Am 20. Mai 1873, vor 150 Jahren, liessen der Stoffhändler Levi Strauss und der Schneider Jacob Davis in den USA eine Hose aus Segeltuch patentieren, deren Hosentaschen an den Ecken mit Nieten aus Kupfer verstärkt waren. Zuvor hatten sich Goldsucher\*innen darüber beklagt, dass die mit Steinen vollgestopften Taschen ständig reissen würden.

Schon bald fertigten die beiden die gefragten Hosen aus Denim, einem blau gefärbten dicken und strapazierfähigen Baumwollgewebe. Der Name leitet sich her vom französischen «de Nîmes», was «aus Nîmes» bedeutet. In der südfranzösischen Stadt wurde das Gewebe «Serge de Nîmes» (deutsch «Gewebe aus Nîmes») seit 1557 ursprünglich für Arbeitskleidung hergestellt.

Eine zweite europäische Stadt, nämlich das italienische Genua, soll für den Namen Jeans stehen, der sich erst Jahrzehnte später durchsetzte. Aus der Hafenstadt, die im Französischen damals schon «Gênes» und früher im Mittelenglischen «Gêne» oder «Jene» hiess, gelangte der grobe Baumwollstoff in andere Länder.

geschützt und steuerrechtlich nicht erfasst, ist das kein leichtes Unterfangen. Deshalb legen wir bei potenziellen Partnerfirmen so viel Wert auf die Bezahlung von Existenzlöhnen und eine hohe Arbeitsplatzsicherheit. Nur so kann ich hinter dem Produkt stehen. In der Schweiz sind unsere Jeans derzeit übrigens noch nicht zu kaufen.

Aber damit sich wirklich etwas ändert, braucht es Entscheidungen auf politischer Ebene. Zum Beispiel das neue Konzernverantwortungsgesetz, das die EU 2024 einführen will und das eine breite Sorgfaltsprüfungspflicht und einen Durchsetzungsmechanismus umfasst. Von sich aus werden die grossen Modemarken höchstens in Nischen aktiv und nutzen dies für ihr Marketing. Das ist reines Greenwashing. Deshalb ist den Marken auch egal, wenn sie die nachhaltigen Nischenprodukte nicht verkaufen. Hauptsache, es ist gut fürs Image.»

## Korrigenda

### Magazin Nr. 41, April 2023

Ins Magazin Nr. 41 haben sich zwei Fehler eingeschlichen. Entgegen unseren Angaben in der Infografik des Rosneft-Netzwerks auf Seite 18 hat Coral Energy nicht Proton Energy beim Vertrieb von Diesel und Flüssiggas in der Ukraine ersetzt. Die Firma hatte an der von Rosneft organisierten Ausschreibung teilgenommen, aber im letzten Moment erhielt ein anderes Unternehmen den Zuschlag. Coral Energy versichert zudem, keine Öllager in den Vereinigten Arabischen Emiraten zu mieten. Wir haben diese Angaben online und in den PDF-Versionen des Magazins auf unserer Website korrigiert.

## Strassenaktion für gerechten Zugang zu Medikamenten



© Aline von Mühlhelen



© HAI



© Aline von Mühlhelen

An der Weltgesundheitsversammlung der WHO in Genf machten das Public Eye Team und Freiwillige der Regionalgruppen gemeinsam mit Health Action International am 24. Mai unter dem Titel «Health is not a game» mit einer Strassenaktion darauf aufmerksam, dass Gesundheit kein Spiel ist.

Bundespräsident Alain Berset eröffnete die Versammlung zwar mit einem Votum für eine Gesundheit für alle. Doch die Fakten sprechen eine andere Sprache: Die Schweiz hat in der Pandemie an vorderster Front die Privilegien der Pharmakonzerne geschützt und einen gerechten Zugang zu den Covid-19-Technologien verhindert. Der Bundesrat will zudem

Geheimrabatte auf Medikamentenpreisen gesetzlich verankern, was die Macht der Konzerne weiter stärken würde.

Dabei braucht es mehr Transparenz, um den gerechten Zugang zu Medikamenten zu gewährleisten, der heute nicht weltweit und nicht für alle Menschen gewährleistet ist. Die Schweiz weigert sich, griffige Regulierungen umzusetzen, und die Pharma nutzt das System zu ihrem Vorteil aus. Das katastrophale Versagen während der Pandemie – in der vor allem Menschen im globalen Süden keinen oder sehr späten Zugang zu Impfstoffen hatten – und gleichzeitig die enormen Profite der Konzerne haben dies überdeutlich gezeigt. ■

### «Congo Hold-up»: Bundesanwaltschaft eröffnet Untersuchung

Als Reaktion auf eine Strafanzeige, die Public Eye mit der Plattform zum Schutz von Whistleblowern in Afrika (PPLAAF) und dem Verein Unis im Juli 2022 eingereicht hatte, hat die Bundesanwaltschaft eine Untersuchung eingeleitet. Diese stützt sich auf die Enthüllungen unserer Ende 2021 publizierten Recherche «Congo Hold-up». Die Recherche – das Ergebnis einer beispiellosen Allianz von 19 internationalen Medien und 5 NGO – hatte die mögliche Verwicklung der UBS in die Geldwäscherei von kongolesischen Staatsgeldern aufgezeigt, die vom Clan von Joseph Kabila, dem ehemaligen Präsidenten der Demokratischen Republik Kongo (DRK), veruntreut worden waren.

Die Bundesanwaltschaft bestätigte die Existenz einer «Strafuntersuchung gegen Unbekannt» gegenüber dem auf Wirtschaftskriminalität spezialisierten Nachrichtenportal Gotham City. Dabei handelt es sich um das dritte Verfahren, das in Europa im Nachgang zu «Congo Hold-up» eröffnet

wurde. Im Juni 2022 hatte die französische Finanzstaatsanwaltschaft eine Voruntersuchung im Zusammenhang mit vermuteter schwerer Geldwäscherei über die Bank BGFI eröffnet. In Belgien richtet sich eine Untersuchung wegen der Bestechung ausländischer Amtsträger\*innen gegen den Geschäftsmann Philippe de Moerloose. 2012 und 2013 hatte dieser enge Vertraute Kabilas gemäss unseren Recherchen 19 Millionen US-Dollar zweifelhafter Herkunft auf seine UBS-Konten in Zürich und Genf überwiesen erhalten.

Dank dem grössten je da gewesenen Datenleck auf dem afrikanischen Kontinent konnte «Congo Hold-up» die Mechanismen aufdecken, mit denen der Clan von Kabila zwischen 2013 und 2018 mindestens 138 Millionen US-Dollar aus den Staatskassen abschöpfen konnte, was der Summe von 250 000 durchschnittlichen Jahresgehältern in diesem Land entsprach. Nun ist die Justiz an der Reihe. ■

## Erfolgreicher Nationaler Aktionstag #StoppKohle

Am Samstag, 22. April 2023, – anlässlich des Earth Day – haben die Freiwilligen in den Regionalgruppen von Public Eye auf die Rolle der Schweiz im internationalen Kohlehandel aufmerksam gemacht. Auch sammelten sie zahlreiche Unterschriften für unsere Petition «Kein Handel mit klimaschädlicher Kohle in der Schweiz», die am 27. Juni eingereicht wird.



© Regru Zentralschweiz

Die Regionalgruppen Basel, Bern, Genf, Neuenburg, Waadt, Winterthur und Zentralschweiz haben die kreativen Aktionen geplant und lokal durchgeführt. Die Aktivitäten reichten von Informationsständen mit Glücksrädern über das Sammeln von Unterschriften – verkleidet als kohlever-schmutzte Banker\*innen – bis hin zu Kreideaktionen und einer symbolischen Aktion mit Schubkarren voller Kohle. In mehreren Städten fand eine Zusammenarbeit mit lokalen Gruppen der Klimagrosseltern und des Klimastreiks statt. Ein grosses Dankeschön an unsere Freiwilligen für ihr wertvolles Engagement! ■



Weitere Informationen zum Handel mit klimaschädlicher Kohle in der Schweiz finden Sie unter: [publiceye.ch/schweizer-kohle](https://publiceye.ch/schweizer-kohle)



## Mahnwache: Nie wieder Rana Plaza!



Am 24. April jährte sich zum zehnten Mal der Fabrikeinsturz von Rana Plaza in Bangladesch. Mit einer Mahnwache gedachten rund 50 Personen am Waisenhausplatz in Bern der Betroffenen der Katastrophe. Aufgerufen dazu hatte die Clean Clothes Campaign Schweiz mit Unterstützung von Public Eye sowie weiteren Organisationen wie Brücke Le Pont, Fashion Revolution, Fédération romande des consommateurs, Magasins du Monde, Solifonds, dem Hilfswerk Solidar, der Gewerkschaft Unia und Walk-in Closet Schweiz. 1138 Menschen kamen beim fatalen Einsturz ums Leben und mehr als 2000 wurden verletzt. Betroffene und ihre Familien kämpfen noch heute mit den sozialen und medizinischen Spätfolgen der Katastrophe.

Damit sich eine solche Tragödie niemals wiederholt, damit die Arbeiter\*innen bei der Arbeit nicht um ihr Leben fürchten müssen und von ihrem Lohn in Würde leben können, braucht es Druck von uns allen. Denn die Erfahrung zeigt: Freiwillig ändert sich nichts. Die Politik muss die Modeunternehmen regulieren.

Rana Plaza never again – Nie wieder Rana Plaza! ■



Engagieren Sie sich in einer Regionalgruppe:  
[publiceye.ch/regus](https://publiceye.ch/regus)

## Der Outdoor-ausrüster Mammut macht nach langem Zögern endlich mit

Nach jahrelangem Kampagnendruck durch Public Eye und die Clean Clothes Campaign ist der Schweizer Outdoor-ausrüster Mammut im April 2023 endlich auch dem «Internationalen Abkommen für Gesundheit und Arbeitssicherheit» beigetreten. Das Abkommen behält die wesentlichen Elemente des bahnbrechenden Bangladesch-Abkommens von 2013 bei:

- eine unabhängige Überwachung und Kontrolle der Einhaltung der Sicherheitsvorgaben;
- die Verpflichtung, die Geschäftstätigkeiten mit Fabriken einzustellen, welche die Sicherheitsbestimmungen des Abkommens nicht respektieren;
- die Verpflichtung zu Einkaufspreisen, die ausreichen, um sichere Arbeitsplätze zu unterstützen;

- und insbesondere die rechtliche Durchsetzbarkeit der Verpflichtungen der Modeunternehmen.

Nach Coop, Migros, Tally Weijl und Triumph ist Mammut das fünfte Schweizer Modeunternehmen, das dem «International Accord for Health and Safety in the Textile and Garment Industry» beitrifft. Die Mehrheit der Schweizer Modemarken drückt sich jedoch weiterhin davor. Public Eye fordert alle hiesigen Kleiderproduzenten wie Chicorée, Intersport, Manor oder Zebra auf, das Abkommen zu unterzeichnen. Damit die Menschen, die unsere Kleidung herstellen, dafür nicht mit ihrem Leben bezahlen müssen.

# Das Wort der Stunde

Der etwas andere Blick auf ein zentrales Wort dieser Ausgabe



Chlorothalonil gehört zur grossen Familie der Pestizide, deren Aussprache so schwierig wie ihre Verwendung gefährlich ist. Aus diesem Grund (also wegen seiner ökologischen und gesundheitlichen Risiken, nicht wegen seiner Aussprache ...) wurde das Pestizid 2019 sowohl in der Schweiz als auch in der EU verboten. Nun werden Sie fragen: Wie konnte der Name eines Produkts, das seit mehreren Jahren verboten ist, bei Public Eye zum «Wort der Stunde» aufsteigen? Die Frage ist berechtigt, verrät aber eine gewisse Naivität gegenüber der Gesetzgebung, die das gewinnträchtige Geschäft mit Pestiziden «regelt» (mit dicken, fetten Anführungszeichen).

Denn obwohl Chlorothalonil auf unseren Feldern geächtet ist, ist es immer noch völlig legal, es in der Schweiz zu produzieren, um es in Länder zu exportieren, in denen seine Verwendung (noch) erlaubt ist. Entweder verliert das Produkt wie durch Zauberhand seine Schädlichkeit, wenn es die Ozeane überquert – oder die Agrochemiekonzerne sind der Meinung, dass die Risiken, die

das Pestizid in der Schweiz aufweist, in den Ländern des globalen Südens, den Hauptempfängern dieser giftigen Exporte, durchaus tolerierbar sind.

Die zahlreichen Beweise dafür, dass Chlorothalonil die Wasserquellen stark verschmutzt, hätten die Hersteller aufhorchen lassen müssen. Doch die Profitgier scheint ihre Moral pulverisiert zu haben. Und wenn man bedenkt, dass dieses Fungizid von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) als «mutmasslich krebserregend» eingestuft wird, kann man sich nur fragen, mit welcher Ausrede Syngenta und Co. ihre Exporte noch rechtfertigen können. Aber weshalb sich überhaupt rechtfertigen, wenn man das Gesetz auf seiner Seite hat ...

Eine etwas ernsthaftere Analyse der skandalösen Chlorothalonil-Exporte aus der Schweiz und der EU finden Sie ab Seite 4.

# Noch nicht genug? So stillen Sie Ihren Hunger.



Erkunden Sie unsere Website: [publiceye.ch](https://publiceye.ch)



Wenn Sie unser Magazin lesen, erfahren Sie das Wichtigste über unsere Arbeit, und unsere Reportagen und Recherchen führen Sie an Schauplätze, wo Menschenrechte in Gefahr sind. Unsere Website bietet Ihnen darüber hinaus viel Wissenswertes – zum Beispiel informative Dossiers zu den Themen, für die wir uns engagieren.

Im Dossier «Kritischer Konsum» etwa finden Sie einerseits unsere neusten Publikationen zum Thema: Podcasts, Blogs oder einen Artikel darüber, mit welchen Tricks uns Onlineshops manipulieren. Andererseits aber auch unsere Positionen zu Konsumkritik und verantwortungsvollem Konsum.

Wo Konzerne lieber im Verborgenen agieren und die Politik dies zulässt, da schaut Public Eye genau hin: Mit Recherchen, Lobbyarbeit, Kampagnen und politischen Vorstössen setzen wir uns dafür ein, dass Schweizer Unternehmen und die offizielle Schweiz ihre Verantwortung zur weltweiten Achtung der Menschenrechte wahrnehmen.

Public Eye, Dinerstrasse 12, Postfach, 8021 Zürich  
Tel. +41 (0)44 2 777 999, [kontakt@publiceye.ch](mailto:kontakt@publiceye.ch)  
Spendenkonto: IBAN CH69 0900 0000 8000 8885 4

[publiceye.ch](https://publiceye.ch)

[publiceye\\_ch](https://www.youtube.com/publiceye_ch) [@PublicEye](https://www.facebook.com/PublicEye) [@publiceye\\_ch](https://www.instagram.com/publiceye_ch) [@publiceye\\_ch](https://www.linkedin.com/company/publiceye_ch) [@publiceye\\_ch](https://www.tiktok.com/@publiceye_ch)



Globale  
Gerechtigkeit  
beginnt bei uns  
**Public Eye**